

Der politische Friede bleibt gewahrt

LANGENTHAL Das Stadtparlament legt das Wahl- und Abstimmungsreglement im Sinne der Exekutive aus. Den Auftrag, das Gesetzeswerk zu überarbeiten, hat der Gemeinderat indes bereits vorliegen.

Gehört ein neu gewählter Stadtpräsident oder eine neu gewählte Stadtpräsidentin einer im Gemeinderat vertretenen Partei an, regelt Artikel 46 Absatz 2 des Wahl- und Abstimmungsreglements die Folgen auf die im Proporz bestimmten Gemeinderatsmitglieder. Will heissen: Für den im Majorz gewählten Langenthaler Stadtpräsidenten macht dasjenige Gemeinderatsmitglied aus seiner Partei Platz, das die wenigsten Stimmen erhalten hat.

Für diese Auslegung hat sich das Stadtparlament gestern mit 36 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen entschieden.

Aus der aktuellen Situation heraus könne er sich unbelastet mit dem Thema befassen, erklärte der scheidende Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP). Er umriss einmal mehr die Ausgangslage und den Standpunkt des Gemeinderats, der sich mit seinem Interpretationsvorschlag gegen eine Verfälschung des Parteienproporz ausspreche. Konkret könne es nicht sein, dass ein gewählter Stadtpräsident denjenigen Gemeinderat einer anderen Partei mit schlechtestem Resultat ersetze. «Die Situation muss diskutiert werden.»

Keine kontroverse Diskussion

Das freilich mochten die Fraktionen nicht tun, zumindest nicht kontrovers. In Namen der Geschäftsprüfungskommission (GPK) widmete sich Patrick Freudiger (SVP) einer langatmigen juristischen Herleitung, die

den Gemeinderat in der Richtigkeit und Rechtmässigkeit seines Vorgehens bestätigte – auch im Hinblick auf die kurzfristige Auslegung vor den Wahlen. «Man pfeift beim Fussball auch nicht das Spiel an und diskutiert danach, wie viele Spieler im Feld sind», erklärte er. Die GPK stelle sich hinter den Weg, den der Stadtrat vorgegeben habe, wenn auch mit zwei Enthaltungen. Diese, so Freudiger, richteten sich jedoch nicht gegen das Ergebnis.

«Sicherheit erlangen»

Der Tenor aus den Fraktionen: «Grösstmögliche Sicherheit erlangen» (EVP/GLP-Fraktion), «Den Wählerwillen unverfälscht abbilden» (FDP/JLL/BDP-Fraktion) und ebenfalls einstimmige Zustimmung (SVP-Fraktion). Die «hitzige und intensive Diskussion» in der SP/GL-Fraktion mochte Roland Loser nicht in das

Plenum tragen. Denn trotz allem stimmte seine Fraktion grossmehrheitlich zu. «Auch wir sind nicht daran interessiert, nach den Wahlen einen Scherbenhaufen zu haben.»

Ein verärgertes Daniel Steiner (EVP) verschaffte sich daraufhin Luft: «Die heutige Diskussion ist nur noch Pflästerlipolitik dazu, Schlimmeres zu verhindern.» Löcherig wie ein Emmentaler Käse sei das geltende Wahl- und Abstimmungsreglement, stellte er fest. Laut ihm fehlt eine Vorschrift dazu, wie Wahllisten nummeriert werden. Er reichte daher eine Motion ein, die den Gemeinderat verpflichten soll, die Revision an die Hand zu nehmen.

Mit dem Ansinnen sei er einverstanden, erklärte Thomas Rufener, weniger mit dem Zeitpunkt: Zu gegebener Zeit wolle man das Reglement unter die Lupe nehmen.

«Die heutige Diskussion ist nur noch Pflästerlipolitik dazu, Schlimmeres zu verhindern.»

Daniel Steiner, EVP

cd